



**AUSTRIA INSTITUT FÜR
EUROPA- UND SICHERHEITSPOLITIK**

STUDIE

EUROPAPOLITIK IN BLAU-GELB

**NIEDERÖSTERREICHS INITIATIVEN UND SELBSTVERSTÄNDNIS
IN DER EUROPÄISCHEN UNION – EINE ANALYSE**

APRIL 2021



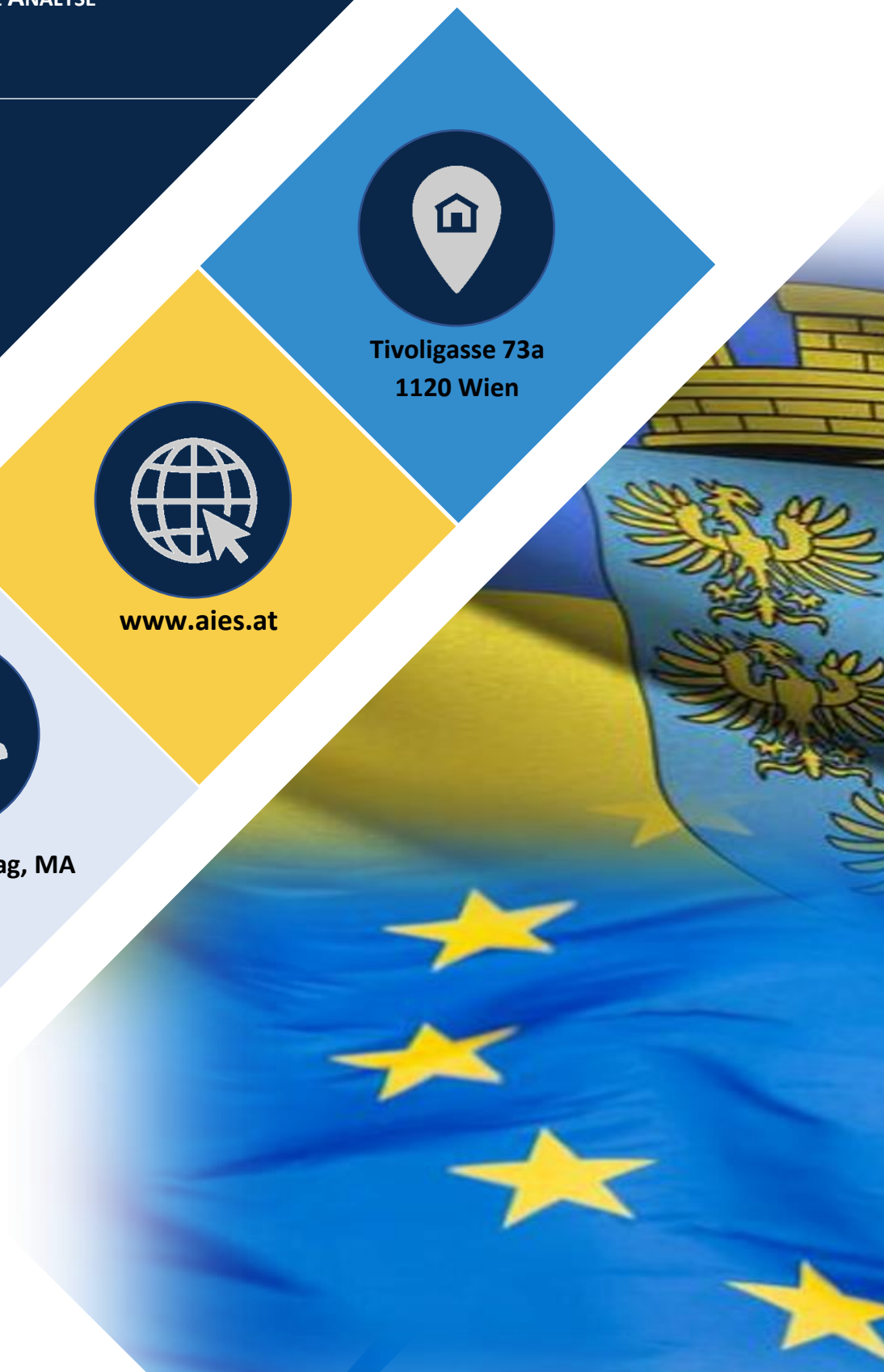
**Tivoligasse 73a
1120 Wien**



www.aies.at



Michael Stellwag, MA



1. Regionen als europäische Akteure

Europäische Regionen, Bundesländer und (Groß-)Städte gewinnen als außenpolitische Akteure immer mehr an Bedeutung. Das österreichische Bundesland Niederösterreich stellt dabei keine Ausnahme dar. In der globalisierten Welt wird Außenpolitik im weiteren Sinne nicht mehr nur von Diplomaten und Beamten in den nationalen Hauptstädten betrieben, sondern neben internationalen Konzernen und Nichtregierungsorganisationen benötigen und profitieren auch Regionen (bzw. Bundesländer, im Folgenden als Synonym verwendet) von dieser Dimension. Das liegt zum einen daran, dass im EU-Binnenmarkt rein nationale ökonomische Konkurrenz durch regionale Wettbewerbe innerhalb Europas abgelöst wird und aus ihrer Sicht heraus Regionen nun eigene (industri-) politische Maßnahmen setzen müssen, um Wohlstand und Arbeitsplätze sicherzustellenⁱ. Zum anderen müssen in der EU beschlossene Mega-Projekte wie der *European Green Deal* (EGD) oder der Wiederaufbau-Fonds *Next Generation EU* (NGEU) durch die Regionen und Städte umgesetzt werden, denn hierzu reicht eine Verordnung aus den Bundeshauptstädten nicht aus.

Gerade Niederösterreich hat in den letzten dreißig Jahren einen enormen positiven Wandel wie kaum ein anderes österreichisches Bundesland erlebt und betreibt eine überaus aktive Europapolitik, die mit zahlreichen Initiativen und innovativen Ansätzen ausgestattet ist und in Österreich seinesgleichen sucht. Eine politikwissenschaftliche und realpolitische Auseinandersetzung mit dieser Region ist deshalb relevant und notwendig. Das Ziel dieses Beitrags ist es, die Initiativen, Positionierungen und Ansätze in den verschiedenen europarelevanten Foren und Formaten zu beleuchten, sie in ein „Mapping“ zu gießen, und die dahinterliegende Strategie und Zielsetzung herauszuarbeiten. Niederösterreichs Beispiel bietet sich deshalb an, um zu zeigen, was ein österreichisches Bundesland alles erreichen kann. Die Eingrenzung des Beobachtungszeitraums beginnt ab 2017, da hier der Wechsel von Landeshauptmann Erwin Pröll auf die neue Landesregierung unter Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner stattfand. Bereits unter Pröll wurde eine aktive EU-Regionalpolitik betrieben, seit dem Amtswechsel wurden jedoch neue europapolitische Schwerpunkte definiert und mit mehr politischem Gewicht ausgestattet. Gerade in der Sitzung des Landtages am 19. April 2017, als die Wahl der neuen Landeshauptfrau anstand, wurde verstärkt von mehreren Landtagsfraktionen auf die Positionierung Niederösterreichs für die EU und in einem Europa der Regionen hingewiesen.ⁱⁱ

Im folgenden Kapitel wird auf das Konzept und die Gestaltungsspielräume eines „Europa der Regionen“ eingegangen und die Möglichkeiten der politischen Partizipation und Interessensvertretung der Bundesländer innerhalb der EU eruiert. Im Hauptteil wird die Europapolitik Niederösterreichs dann im Detail behandelt. Im Schlusskapitel folgen ein Fazit und ein Ausblick in Bezug auf Niederösterreichs Initiativen und Selbstverständnis in der EU.

2. Europa mit Regionen statt Europa der Regionen

Selbstbewusste Regionen und Städte gab es immer schon. Man erinnere sich an die hellenischen Stadtstaaten in der Antike, das mächtige Handelsgeflecht der Hansestädte oder die als bedeutende Seemächte agierenden italienischen Stadtstaaten Venedig und Genua. In der Europäischen Union der Gegenwart sind ihre Mitgliedstaaten unterschiedlich „regionalisiert“. Österreich ist, wie Deutschland und Belgien, föderal organisiert. Die Bundesländer in Österreich und Deutschland haben ein gewisses Gewicht in der nationalen Entscheidungsfindung, agieren in der Praxis allerdings nicht als Vetospieler. In Belgien haben sie eine größere Rolle – man erinnere sich noch an die zwischenzeitliche Blockade des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens seitens der wirtschaftlich eher unbedeutenden Region Wallonien mit ihrem innerbelgischen Nein zum gesamten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (Meyer-Feist 2016). Italien und Spanien sind ebenso regionalisiert, andere Staaten sind zur besseren Organisation der Staatsaufgaben dezentralisiert (u.a. Polen, Tschechien) oder, etwa aufgrund ihrer Größe und Beschaffenheit, Einheitsstaaten (u.a. Baltische Staaten, Irland, Finnland). In diesem bunten Geflecht aus unterschiedlichen Größen- und Machtverhältnissen waren es vor allem die großen deutschen Bundesländer, ausgestattet mit starkem Regionalbewusstsein, die um eine eigenständige Stimme in Europa warben. Die Argumentation erfolgte anhand des oft zitierten Satzes des US-amerikanischen Soziologen Daniel Bell: Der Nationalstaat sei für die Lösung der großen Probleme der Welt zu klein geworden und für die Lösung ihrer kleinen Probleme zu groß. Dies ließ sich auch strategisch mit dem Prinzip der Subsidiarität verbinden. So wurde die Idee eines „Europa der Regionen“ unter anderem vom damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl und seinem baden-württembergischen Pendant Lothar Späth beworben. Zu einem Europa der Regionen ist es aber weder verfassungsmäßig noch realpolitisch gekommen, die EU wird von einer intergouvernementalen Politik der nationalen Entscheidungsträger im Europäischen Rat geführt.

Seitdem der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) etabliert und später durch den Vertrag von Lissabon mit garantiertem Anhörungsrecht im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ausgestattet wurde, kann man allerdings von einem „Europa mit Regionen“ sprechen. Denn der AdR kann seine Standpunkte der „Bürgerkammer“ (Europäisches Parlament) und der „Länderkammer“ (Rat der EU) mitteilen. Neben der Beteiligung an nationalen Entscheidungsfindungen ist der AdR in Brüssel für die Regionen die wichtigste Möglichkeit zur Einflussnahme in der Europapolitik. Der AdR hat 329 Mitglieder, die lokale und regionale Gebietskörperschaften vertreten und ein demokratisch gewähltes politisches Mandat innehaben. Sie sind in Fraktionen, nationalen Delegationen und Fachkommissionen organisiert. Die beiden niederösterreichischen Mitglieder sind Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

(Fraktion der Europäischen Volkspartei, EVP) sowie St. Pölten's Bürgermeister Matthias Stadler (Fraktion der Europäische Sozialdemokraten, SPE).ⁱⁱⁱ

Der Grad des politischen Einflusses der Bundesländer hängt sehr stark davon ab, inwieweit der AdR partei- und länderübergreifend mit einer Stimme sprechen kann, und wie sehr die Regionen selbst in Brüssel ein Netzwerk aufbauen und Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern in den Institutionen bekommen können. Mit dieser Zielsetzung haben daher die Regionen eigene Verbindungsbüros vor Ort aufgebaut. Niederösterreich unterhält das fünfköpfige Verbindungsbüro (NÖVBB), das Land Tirol hat beispielsweise, auch mit intensiveren Repräsentationskapazitäten ausgestattet, mit Südtirol und Trentino ein gemeinsames Büro der Alpen-Euregio errichtet. Bis auf Vorarlberg hat jedes österreichische Bundesland zumindest eine Person permanent in Brüssel. Hier werben die Regionen täglich um Aufmerksamkeit für sich und ihre Anliegen, versuchen über die nationalen Ständigen Vertretungen und über MEPs ihre Anliegen vorzubringen und stehen in Konkurrenz um die so begehrten und wertvollen EU-Fördermittel aus verschiedensten Geldtöpfen, die dazu dienen, urbane wie ländliche Regionen je nach Anforderung wettbewerbsfähiger, innovativer, umweltfreundlicher oder sozialer zu gestalten.

Die Europapolitik der Länder – die EU-Regionalpolitik – unterscheidet sich in interregionaler und grenzüberschreitender Kooperation. Interregionale Kooperation meint Zusammenarbeit wie auf nationalstaatlicher Ebene zwischen unterschiedlichen Regionen, die ähnliche Interessen haben, wie etwa die Arbeitsgemeinschaft der „Vier Motoren für Europa“ des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg, der italienischen Lombardei, des französischen Auvergne-Rhône-Alpes und des spanischen Kataloniens. Sie haben keinen gemeinsamen Grenzverlauf, aber sie eint eine ökonomische Spitzenleistung und ein starker industrie- und wissensorientierter Wirtschaftsstandort, worin sie kooperieren. Die grenzüberschreitende Kooperation bringt Grenzregionen wieder zusammen, die sich darum bemühen, die negativen ökonomischen und demografischen Folgen dysfunktionaler Grenzziehungen zu überwinden, die gemeinsam gewachsene Wirtschaftsräume trennten. So ist etwa das Ziel der Alpen-Euregio oder der niederösterreichisch-tschechischen Kooperation eine Steigerung der Lebensqualität in bestimmten grenznahen Abwanderungsregionen.

3. Ein Land inmitten Europas

Niederösterreich entwickelte sich als ein Kernland des Habsburgerreiches über die Jahrhunderte durch ständigen kulturellen und wirtschaftlichen Transfer eng und vernetzt mit den Ländern der böhmischen und der Stephanskronen. Preßburg/Bratislava und Brünn/Brno liegen vor der Haustüre und sind näher

als Graz und Salzburg, Prag/Praha und Budapest näher als Klagenfurt und Innsbruck. Die Verkehrswege im Donauraum waren dichter ausgebaut als in den Alpenländern. Mit dem Ende der Monarchie wurden zusammenhängende Räume – und auch Städte, wie Gmünd und Ceske Velenice – auseinandergerissen. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die deutschsprachige Bevölkerung, die Sudetendeutschen, aus der neuen Tschechoslowakei vertrieben wurden und der Eiserner Vorhang die Außengrenze zu einer toten und todbringenden Grenze machte, bestimmte er auch Niederösterreichs neues Schicksal: Ein Dasein als relativ armes Agrarland im äußersten Osten des politischen Westens.

Durch die Wende 1989 konnten die ersten Grenzübergänge wie die Thayabrücke in Hardegg wieder rasch geöffnet und für Menschen passierbar gemacht werden. Im folgenden Jahrzehnt bereitete sich die Republik auf den EU-Beitritt vor, dessen stärkste Proponenten wie Alois Mock, Werner Fasslabend oder Othmar Karas in Niederösterreich verwurzelt waren. Mit der EU-Erweiterung 2004, spätestens aber nach dem Schengen-Beitritt der neuen mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten, wanderte Niederösterreich geopolitisch und geökonomisch zurück in die Mitte Europas.

Heute ist Niederösterreich mit seinen knapp 1,7 Millionen Einwohnern ein Kernland der EU, weil das Land sehr stark von ihr profitierte. Seit dem EU-Beitritt flossen etwa 11 Milliarden Euro an Regionalförderung in das Land unter der Enns. Das hat dazu beigetragen, Niederösterreich von einem Agrar- zum einem Hochtechnologieland zu entwickeln, das, in den Bereichen Wissenschaft und Forschung global vorne mitspielen kann. Das regionale Bruttoinlandsprodukt stieg von 2000 bis 2019 um 84%.^{iv} Vor 30 Jahren gab es keinen einzigen tertiären Bildungsstandort, jetzt sind es dreizehn. Mit dem Institute for Science and Technology (IST) in Klosterneuburg und dem Krebsforschungs- und Behandlungszentrum (inklusive Teilchenbeschleuniger und Ionen-Strahlentherapie) MedAustron in Wiener Neustadt hat sich auch wissenschaftliche Exzellenz etabliert, die von mehreren Fördergebern, unter anderem der EU, massiv unterstützt wurde.

Die wirtschaftliche Struktur ist sehr diversifiziert und breit aufgestellt, auch ein vergleichsweise großer Landwirtschaftssektor ist vorhanden. Der größte Exportmarkt ist naturgemäß Deutschland, aber auch mit den Nachbarregionen ist NÖ sehr stark verflochten: 2019 betragen die Ausfuhrwerte nach Tschechien etwa 1,243 Milliarden Euro, in die Slowakei etwa 824 Millionen Euro und nach Ungarn 1,587 Milliarden Euro, bei einem regionalen BIP von 67,706 Milliarden Euro.

Ein guter nachbarschaftlicher Kontakt mit diesen Regionen wurde schon während der Zeit der Teilung Europas forciert. Heute sind diese Kontakte intensiviert und verstetigt, so gibt es viele überregionale Kooperationsfelder mit diesen Regionen. Neben dem AdR ist Niederösterreich in weiteren multilateralen Formaten engagiert und unterhält zahlreiche Partnerschaften. Dazu zählen:

- Europaregion Centrope (Central Europe), zusammen mit dem tschechischen Kreis Südmähren, den slowakischen Landschaftsverbänden Bratislava und Trnava (mit denen es auch gesonderte Kooperationsvereinbarungen gibt), den westungarischen Komitaten Győr-Moson-Sopron und Vas sowie den Bundesländern Burgenland und Wien;
- Europaregion Donau-Moldau; als tri-nationaler Zusammenschluss tschechischer deutscher und österreichischer Regionen;
- Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Donauländer zur Erarbeitung und Umsetzung der EU-Donauraumstrategie, dessen Sekretariat in Niederösterreich angesiedelt ist;
- Versammlung der Regionen Europas (VRE), das größte unabhängige Netzwerk für Regionen in Europa, bestehend aus 270 Regionen aus 33 Ländern;^v
- Kooperationsvereinbarungen mit den tschechischen Kreisen Südböhmen, Vysocina und Südmähren;
- Kooperationsvereinbarung mit der chinesischen Provinz Zhejiang in den Bereichen Technologisierung, Forschung und höhere Bildung, sowie
- Kooperationsvereinbarung mit der ukrainischen Oblast Kiew.

Der Amtsantritt von Johanna Mikl-Leitner als Landeshauptfrau und die Regierungsumbildung 2018 waren wegweisend für die neuen europapolitischen Ambitionen des Bundeslandes. Mit Martin Eichinger wurde ein erfahrener Diplomat und Ex-Kabinettschef von Außenminister Alois Mock als Landesrat für Arbeitsmarkt, Wohnbau, Europäische Regionalpolitik und Internationale Beziehungen nach Sankt Pölten geholt. Der Europa-Landesrat, eine Bezeichnung, die in keinem anderen Bundesland so geführt wird, koordiniert auch gemeinsam mit der Landeshauptfrau, die in Laa an der Thaya direkt am Eisernen Vorhang zur Schule ging, die Aktivitäten in den vorhin beschriebenen multilateralen Formaten.^{vi} Die personelle Weichenstellung dazu wurde als Überraschung aufgefasst, Medien formulierten einen „Willen zu einer aktiven Landesaußenpolitik“ (Hofer 2018). Nicht wenige Experten schätzen die Durchsetzung dieser Personalentscheidung als historische Leistung von Mikl-Leitner ein. In einem Europa ohne Binnengrenzen wurde nun auch die Regionalpolitik auf eine neue Ebene gehoben und als umfassende Antwort auf die EU-Skepsis und die Brexit-Unsicherheit etabliert. Die Stoßrichtungen der niederösterreichischen Außenpolitik zielen auf mehrere Dimensionen ab. Im Folgenden werden erstens die aktive EU-Kommunikation und administrative Aufwertung, zweitens Initiativen auf multilateraler Ebene in Brüssel mit Fokus auf Stärkung der regionalen Interessen und drittens die grenzüberschreitende Kooperation mit den Nachbarländern unter besonderer Berücksichtigung von Wirtschaft und Gesundheitsversorgung analysiert.

3.1. Neue EU-Kommunikation und administrative Aufwertung

Welches Bild von der EU die neue Landeshauptfrau hat und weitergibt, zeigte sie bereits im Jänner 2018, nur drei Tage vor der Landtagswahl. Mikl-Leitner hätte noch einmal eine Wahlkampftour machen können, aber sie reiste nach Brüssel, um bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 für eine Aufrechterhaltung der so wichtigen Fördermittel der EU-Regionalpolitik zu werben. In den Medien wurden freundschaftliche Fotos mit Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zu den niederösterreichischen Wählerinnen und Wählern transportiert (vgl. Kurier 2018, Strohmayr (NÖN) 2018); und eine eindeutige Botschaft gesendet: Niederösterreich ist ein Teil der EU bzw. Niederösterreich braucht die EU. Dies ist insofern bemerkenswert, als vor Wahlen in Österreich häufig versucht wird, mit Schuldzuweisungen und Stimmungsmache gegen die Europäische Union, um Stimmen zu werben. Der Vergleich macht sicher: Während im September 2020 im Vorfeld einer anderen Landtagswahl ein Konflikt mit der Europäischen Kommission um einen Notifizierungsantrag zum Fixkostenzuschuss ausgetragen wurde, beantragte während des ähnlichen Zeitraums die Niederösterreichische Landesregierung Zuschüsse für die NÖ Wirtschaftsförderung sowie davor für die NÖ Lehrlingsoffensive aus dem Europäischen Sozialfonds. Während im ersten Fall öffentlich über den Antrag gestritten wurde, der „wenn sich drei intelligente Leute zusammensetzen, innerhalb einer halben Stunde“ richtiggemacht sei (siehe Der Standard, Kleine Zeitung 2020), wurden die administrativen Voraussetzungen im zweiten Fall in enger Abstimmung mit der Vertretung der EU-Kommission erfüllt. Das Ergebnis ist die größte je angelaufene Initiative zur Senkung von Jugendarbeitslosigkeit durch die Lehrlingsoffensive und ein konstruktives Zusammenwirken zwischen Bundesland, AMS und der EU.

Nach wie vor herrscht jedoch die Situation vor, dass viele Menschen wenig von solchen Initiativen und anderen Aspekten der EU-Politik wahrnehmen und in allen Ländern eine gewisse EU-Skepsis herrscht. Die Landesregierung arbeitet auf vielen Ebenen daran, diese trotzdem mehrheitliche Zustimmung zur EU weiter auszubauen und die EU aktiv zu kommunizieren. Europa-Landesrat Eichtinger sagte dazu: „Als jahrelanger Botschafter in London weiß ich, wohin jahre- und jahrzehntelange Nicht-Kommunikation und ein Nicht-Hervorheben der Vorteile der EU führt. Daher antworten wir in Niederösterreich mit Informationskampagnen und Unterstützung für EU-Gemeinderäte und Projekte“. Seit 2018 ist eine intensivere und ständig wachsende Kommunikation von EU-Förderprogrammen und anderen Angeboten wie *Erasmus*, *DiscoverEU* oder *Wifi4EU* zu beobachten. Zusätzlich wurde das „EU-Radar für Niederösterreich“ entwickelt, das auf wissenschaftlicher Basis seitens der Donau-Universität Krems und des Instituts für Strategieberatungen durchgeführt wird. Es gibt mehrmals im Jahr Einblicke in EU-Schwerpunktthemen und deren Auswirkungen auf Niederösterreich und die Einstellungen der Bürgerinnen und der Bürger zur EU werden abgefragt.

Das wichtigste politische Instrument und Format zur Bürgerbeteiligung stellt das Europa-Forum Wachau (EFW) dar. Es wurde 1995 mit dem Ziel etabliert, die damals skeptische Bevölkerung auf ein neues, offenes und geeintes Europa vorzubereiten und EU-Angelegenheiten bürgernah zu kommunizieren. Wenn kulturelle Räume miteinander jahrhundertlang verbunden waren, ist es die Aufgabe der Repräsentanten dieser Räume, sie nach dem Ende der Teilung Europas wieder zusammenzuführen. Das EFW ist seitdem nicht zu unterschätzen, weil es breite Debatten über die für die niederösterreichische Geografie, Bevölkerung und Exportwirtschaft so wichtige EU-Integration Mittel- und Osteuropas fördert. Heute besteht das EFW aus einem großen international besetzten Forum, wo unter anderem 2013 der serbische und der kosovarische Ministerpräsident aufeinandertrafen, und seit 2019 in Kombination mit den Salons. Diese Bürgerbeteiligungsformate sind besonders bedeutend, da sie zu bestimmten Themen mehrmals im Jahr an mehreren Standorten in Niederösterreich stattfinden. Darin spiegelt sich auch der Anspruch wider, nicht nur für ein Wochenende rote Teppiche auszurollen und Europafahnen zu hissen, sondern das ganze Jahr über an EU-Themen, die den Niederösterreichern unter den Fingern brennen, zu arbeiten. Die Anliegen der Bürgerbeteiligungsformate werden dann im Forum, das erweitert wurde, eingespeist. Mit der Erfahrung dieser Formate scharrt Niederösterreich schon in den Startlöchern für die Konferenz über die Zukunft Europas, dessen Prozess in Österreich das Bundesland maßgeblich mitgestalten möchte.

Die Initiative der Auslandsniederösterreicherinnen und Auslandsniederösterreicher darf auch nicht unerwähnt bleiben. Sie kümmert sich um die Vernetzung und den Wissenstransfer von Menschen auf der ganzen Welt mit Wurzeln in Niederösterreich. Auf dieses Netzwerk wird auch gelegentlich zurückgegriffen, etwa im Rahmen der Salons des EFW.

Der politische Schwung und die positive Kommunikation zeigen bereits Auswirkungen: Mittlerweile gibt es landesweit 246 EU-Gemeinderäte, also gewählte Lokalmandatare, die für EU-Angelegenheiten zuständig sind (bei insgesamt 573 Städten und Gemeinden). Sie stellen das zentrale Bindeglied zwischen Gemeinde und Europa dar. Bei der EU-Förderung *Wifi4EU* erhalten Gemeinden 15.000 Euro für die Errichtung von gratis WLAN im öffentlichen Raum. Nachdem dies intensiv beworben wurde, haben nun 109 Gemeinden das Fördergeld aus Brüssel gesichert. Somit gibt es bald in fast jeder fünften Gemeinde Niederösterreichs kostenlose WLAN-Hotspots zur freien Benutzung. Diese Aktionen mögen auf den ersten Blick wie kleine unbedeutende Spielereien wirken, doch für Gemeinden sind 15.000 Euro viel Geld, das WLAN eine gute Werbung für die EU und EU-Gemeinderäte selbst oft die einzige pro-europäische Stimme am Stammtisch.

Um die eigenen Kräfte für diese neuen Initiativen besser zu bündeln, wurden die entsprechenden administrativen Einheiten im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung zusammengefasst und als eigene Abteilung „Europa und Internationales“ etabliert. Dies trat bereits Ende 2017 in Kraft. Ganz

neu ist die „EU Service Agentur“ in der NÖ Regional GmbH. Letztere ist die Regionalberatung des Landes und fungiert als Transmitter zwischen Land und Gemeinden; die EU Service Agentur trat mit Jahresbeginn 2021 in Kraft und soll wiederum als Transmitter zwischen EU und Städte und Gemeinden dienen. Konkret werden diese beim Umsetzen von „Wifi4EU“, Erasmus+ oder anderen Förderprogrammen gezielt serviert. Insbesondere soll sie auf Gemeinden in LEADER-Regionen und in Grenzregionen zugehen, um bei internationalen Projekten zu helfen. Denn das wichtigste Argument für die EU ist nach wie vor das finanzielle: Aus jedem Euro, der als Beitragszahlung an die EU geht, kommen über Umwege drei Fördereuro wieder zurück ins Bundesland. Das spürt auch die Bevölkerung.

Insgesamt wird eine bewusst pro-europäische Kommunikation geführt, die darauf abzielt, das Verständnis für die EU zu erweitern und das Interesse an EU-Initiativen zu wecken; Bürgerbeteiligungsprozesse werden mit dem EFW innovativ aufgesetzt und wissenschaftlich begleitet und auf administrativer Ebene werden alle Kräfte und Serviceleistungen gebündelt und auf die Bedürfnisse der Gemeinden zugeschnitten. Die niederösterreichische Bevölkerung und die Gemeinden werden ermutigt, sich als integrativer Teil Europas und aktiver Gestalter der Union wahrzunehmen. Dies ist auch die notwendige Voraussetzung für eine Europapolitik nach außen.

3.2. Initiativen am Brüsseler Parkett

Für Niederösterreich ist und bleibt die Regionalpolitik von besonderer Bedeutung, auch weil es mit speziellen strukturellen und demografischen Herausforderungen umgehen muss. In Grenzregionen kämpft man mit Abwanderung, während das Wiener Umland eine dynamische Region und eine der am schnellsten wachsenden in Europa ist. Die Mittel werden sowohl für die grenzüberschreitende Kooperation als auch für Forschungsrahmenprogramme, wie etwa am Institute for Science and Technology in Klosterneuburg, verwendet und weiterhin benötigt.

Als Landeshauptfrau Mikl-Leitner im Vorfeld der Landtagswahl 2018 in Brüssel für die EU-Regionalförderung lobbyierte, tat sie das nicht nur für Niederösterreich, sondern stellvertretend für die „Regions4Cohesion“. Im Zuge der „Regions4Cohesion“ haben sich zahlreiche Regionen Europas bereits 2011 unter Landeshauptmann Pröll zusammengeschlossen, um für ihre Interessen im Vorfeld des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 zu kämpfen. Dieses Bündnis wurde erneuert und eine zweite Sankt Pöltner Erklärung verfasst.^{vii}

In der heißen Phase vor dem Abschluss der Verhandlungen zum MFR 2021-2027 standen schließlich 342 Städte, Regionen und Organisationen hinter der Initiative Niederösterreichs – die knapp 85% der

Bevölkerung der EU-27 repräsentieren.^{viii} Das Hauptanliegen der Regions4Cohesion ist ein Fortbestand der EU-Regionalförderungen für alle, nicht nur für die schwächsten Regionen. Die Kohäsionspolitik sei nach wie vor eine bedeutende DNA der Europäischen Integration, und die Regionen benötigen die Mittel für Innovation, Forschung und Umweltschutz. Die Anliegen wurden auch vom Ausschuss der Regionen aufgenommen und unter der „Cohesion Alliance“ unterstützt. Niederösterreich organisierte im November 2018 einen Regionen-Gipfel in Brüssel, wo die Landeshauptfrau und der Europa-Landesrat mit zahlreichen anderen Regionalpolitikern zusammentrafen, um diese Forderungen voranzutreiben. Die Einigung der EU-Staats- und Regierungschefs im Sommer und Herbst 2020 zum MFR und dem Wiederaufbaufonds NGEU hat schließlich das Ziel der Initiative erfüllt. Die Regionalförderung bleibt auf einem hohen Niveau, und Niederösterreich kann mit rund 150 Millionen Euro rechnen. „Regions4Cohesion“ ist bis dato die bedeutendste und umfassendste niederösterreichische Initiative in Brüssel, in die seit 2017/2018 entscheidend intensiviert wurde. Wenn die Regionen mit einer Stimme sprechen, werden sie gehört – das hat Regions4Cohesion gezeigt.

Ein aktuelles Bestreben ist es, die „Natur-im-Garten“-Initiative in Brüssel in einem Förderprogramm zu verankern. Sie zielt darauf ab, den ökologischen Gartenbau voranzutreiben und auf Kunstdünger zu verzichten. Jetzt soll auch noch der Gartenbau auf EU-Ebene geregelt werden? – könnte man zurecht denken. Die Initiative erfreut sich großer Beliebtheit in Niederösterreichs Gemeinden. Letztlich wirkt „Natur im Garten“ beim Umweltgedanken als Übersetzer auf die kleinste soziale und geografische Ebene – auf die Familie und den eigenen Garten – und soll deshalb anerkannt werden.

Die Auslandskultur soll außerdem weiterhin forciert werden, insbesondere das Kulturerbe der Donau. Im Zuge dessen hat Niederösterreich die Donau-Kulturkonferenz mit den ARGE Donau-Ländern abgehalten, die aufgrund der Covid-Krise virtuell durchgeführt wurde. Das Sekretariat der ARGE ist in St. Pölten angesiedelt, um von hier aus die Arbeit dieses Gremiums voranzutreiben.

3.3. Grenzüberschreitende Kooperation

„Geteilt – getrennt – vereint“ ist nicht nur der Titel der Niederösterreichischen Landesausstellung 2009, die erstmals grenzübergreifend in den Städten Horn, Raabs an der Thaya und Telč ausgetragen wurde, sondern beschreibt auch, wie intensiv und engmaschig die historisch nicht immer ganz so einfachen Beziehungen zu Tschechien, der Slowakei und Ungarn mittlerweile sind. Die Länge der niederösterreichischen Staatsgrenze zu Tschechien beträgt 333,6 km, jene zur Slowakei 80,7 km. An Ungarn grenzt NÖ nicht direkt, von Ödenburg/Sopron sind es an der schmalsten Stelle aber keine 20

km Luftlinie ins niederösterreichische Industrieviertel. Somit wirken hier zahlreiche Städte und Kleinregionen als Kontakt- und Kulturtransferräume.

Die Dynamiken der Beziehungen zu den beiden direkten Nachbarländern sind unterschiedlich und hängen auch mit Bevölkerungsentwicklungen zusammen. 2019 waren die wichtigsten Einfuhrgüter aus Tschechien elektronische Maschinen, Waren und Teile; Holz und Holzwaren; sowie Mineralische Brennstoffe und -Öle. Die wichtigsten Ausfuhr Güter aus Niederösterreich waren elektronische Maschinen, Waren und Teile; Mineralische Brennstoffe und -Öle; sowie Zugmaschinen, Kraftwagen und Fahrräder. Die Handelsbilanz ist negativ. Gemessen an der Grenzlänge zu Tschechien sind die wirtschaftlichen Beziehungen im Vergleich zu jenen zur Slowakei unterdimensioniert. Ein entscheidendes strukturelles Merkmal dafür sind die Folgen der Entvölkerung ganzer Landstriche durch den Weggang der Sudetendeutschen. Dieser Verlust der über Jahrhunderte traditionell engen Verflechtungen zu Niederösterreich hat einen negativen Einfluss auf eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung dieser Region. Es benötigt weitere Jahrzehnte intensiver Anstrengungen, um diese demografischen wie wirtschaftlichen Herausforderungen zu überwinden. Das wichtigste Instrument dafür sind die *Interreg-Programme*, die später beschrieben werden. Als infrastrukturelle Maßnahme ist die bis zur Grenze fertig gestellte Nordautobahn (A5 / E461) und das Schließen der Lücke bis Brunn (Brno) zu erwähnen. Brno gilt als Digitalisierungszentrum der Tschechischen Republik, in Tulln wiederum wurde kürzlich das Haus der Digitalisierung errichtet. Das bietet Potenzial für eine Start-Up-Offensive und den Ausbau der niederösterreichisch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen.

Die wichtigsten Einfuhren aus der Slowakei sind Eisen und Stahl; Mineralische Brennstoffe und -Öle; sowie Zugmaschinen, Kraftwagen und Fahrräder, die wichtigsten Ausfuhren – wie im Falle Tschechiens mineralische Brennstoffe und -Öle; Elektronische Maschinen, Waren und Teile; sowie Zugmaschinen, Kraftwagen und Fahrräder. Die Handelsbilanz ist positiv. Die demografische Entwicklung in der niederösterreichisch-slowakischen Grenzregion ist äußerst dynamisch. Gelegen in der Europaregion Centrope zwischen den Metropolen Wien und Bratislava, weisen die Bezirke Gänserndorf und Bruck an der Leitha ein starkes Bevölkerungswachstum auf und haben die 100.000-Einwohner-Marke bereits überschritten. Im österreichischen Umland von Bratislava siedeln sich auch immer mehr Slowaken an, vor allem aus nicht quantifizierbaren Faktoren wie dem subjektiven Sicherheitsgefühl oder dem zweisprachigen Aufwachsen von Kindern^{ix}. Etwa 20% der Bevölkerung Hainburgs, demokratiepolitisch bekannt durch die Besetzung der Donau-Au 1984, sind Slowaken, ein paar Kilometer weiter im burgenländischen Kittsee sogar 40%. Viele Häuser in der Region wurden also auch von Slowaken aufgekauft, und die Zahl der Berufspendler nach Bratislava ist hoch.

Grenzüberschreitende Kooperation findet hauptsächlich im Rahmen der *INTERREG-Programme* statt. Die Politikbereiche sind vielseitig, zielen aber alle darauf ab, die durch die Grenzziehung verbundenen

negativen Folgen für die Bevölkerung zu verbessern. Als eines der dringendsten Themen mit hohem Kooperationspotenzial wurde daher die flächendeckende hochqualitative Gesundheitsversorgung und Pflege identifiziert - in einem Land, dessen Durchschnittsalter steigt, und in Regionen, die (meist) dünn besiedelt sind. Seit mittlerweile zwölf Jahren setzt Niederösterreich mit Tschechien im Rahmen der „Healthacross“-Initiative hochmoderne Gesundheitsprojekte um. Das bedeutendste und aktuelle ist definitiv das Gesundheitszentrum in Gmünd, das erste grenzüberschreitende in Europa. Zum Hintergrund: In der tschechischen Stadt Česká Velenice (1918 von Gmünd getrennt) liegt die nächste Notfallzentrale 18km entfernt, das nächste Krankenhaus sogar 60km – in Notfällen besonders problematisch. Die gute Nachricht: Seit Mai 2019 wird nur wenige Meter neben der Grenze in Gmünd das Gesundheitszentrum errichtet, das alle Patienten in deutscher *und* tschechischer Sprache aufnimmt, versorgt und behandelt. Dabei werden regionale und überregionale Interessen im Gesundheitsbereich vereint und ein internationales Netzwerk für Zusammenarbeit und Wissenstransfer errichtet. Die Bewohner beider Städte und des Umlandes profitieren von kürzeren Wegzeiten. Dieses Leuchtturmprojekt der grenzüberschreitenden Kooperation wurde sogar von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgezeichnet und Niederösterreich als erstes Bundesland als internationale Vorzeigeregion ausgewählt^x. Seit den letzten Jahren kooperieren außerdem die Kliniken Znaim/Znojmo, Hollabrunn und Melk, und durch einen Staatsvertrag zwischen Österreich und Tschechien dürfen Rettungsdienste Einsätze im benachbarten Ausland durchführen. Mit der Slowakei gibt es im Rahmen der *HealthAcross*-Initiative seit 2019 das Projekt „Bridges for Birth“, wobei im neonatologischen Notfall Neugeborene vom Landeskrankenhaus Hainburg in die (besser ausgestattete) Kinderuniversitätsklinik Bratislava transferiert werden können. Ende 2020 wurden zudem die Rahmenbedingungen für die erste Gesundheitskooperation zwischen Niederösterreich, dem Burgenland und den westlichen Komitaten Ungarns festgelegt.^{xi} Diese grenzüberschreitenden Kooperationen haben gemeinsam, dass sie die EU-Regionalpolitik nutzen, um gemeinsame strategische Herausforderungen in der Gesundheitsvorsorge und -versorgung zu meistern. Es ist davon auszugehen, dass sich in den nächsten 10 Jahren die *HealthAcross*-Kooperationen mit diesen drei Nachbarländern zu einem mitteleuropäischen Gesundheitsraum verdichten werden. Es ist bemerkenswert, wie 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die vormals toten Grenzgebiete hier wieder zusammenwachsen. Medizinische Behandlungen haben einen sichtbaren und greifbaren Nutzen von der EU-Regionalpolitik. „*Deine Zauber binden wieder, was die Mode schwer geteilt*“ – die bekannte Textstelle aus der Europahymne kann man hier wörtlich nehmen. Diese Projekte zeigen auch, dass gerade dadurch eine Steigerung der Lebensqualität möglich ist – und das ist auch eine positive Form von EU-Kommunikation. Acht von zehn Landsleuten befürworten außerdem diesen Zugang. Niederösterreich wird dadurch zum Vorreiter für Gesundheitskooperation.

Neben Gesundheit soll es vor allem bei Wissenschaft, Tourismus und Bildung eine noch engere Zusammenarbeit geben, die in Arbeitsprogrammen verfestigt wird: Die Donau-Universität Krems und die Universität Telč pflegen bereits jetzt wissenschaftliche Zusammenarbeit, die durch Studierendenaustausch und grenzüberschreitende Uni-Lehrgänge weiter ausgebaut werden soll. Im Tourismusbereich wirkt der Nationalpark Thayatal mit seinem tschechischen Pendant Národní Park Podyjí in das Wald- und Weinviertel hinein, auch andere Tourismusziele werden gegenseitig beworben. Der Nationalpark Donauauen wirkt touristisch stark in der Slowakei. Er ist über den Donauradweg und durch die 2012 fertiggestellte Fahrradbrücke der Freiheit über die March zwischen Engelhartstetten und Preßburg/Bratislava nun mit dem Schloss Hof, dem Iron Curtain Trail und der Kamp-Thaya-March-Radrouten verbunden. Im Bildungsbereich investiert das Bundesland in Sprachförderungsprojekte in mehr als 100 Schulen und Kindergärten. Die Heranführung an die tschechische und ungarische Sprache und Kultur in den Grenzregionen dient primär dem Abbau der Kommunikationsbarrieren und einem besseren gegenseitigen Verständnis, aber auch dem Arbeitsmarkt und Wirtschaftsraum.

Die Covid-Krise brachte zahlreiche Herausforderungen mit sich, von denen die Grenzschließungen sicher die sichtbarste darstellt. Für Niederösterreich, Südböhmen, Südmähren und Vysocina wirkte sie allerdings auch positiv als Beschleuniger der Partnerschaft. In den wöchentlichen Austauschformaten über Pendler- und Grenzthematiken entwickelte sich auf politischer Ebene ein intensiver Kontakt zwischen den teilweise neu gewählten tschechischen Kreishauptleuten und ihren niederösterreichischen Partnern. Der permanente Austausch und dieses Zusammenwachsen und gegenseitige Lernen sind die Grundlage für eine Kooperation, die auch in Krisenzeiten bestehen kann und in Zukunft an Intensität gewinnen wird.

Für Politikbereiche, die nicht nur bilaterale Dimensionen haben, werden andere Formate wie die ARGE Donauländer zum Umweltschutz intensiv genutzt. Der enge nachbarschaftliche Kooperationsrahmen bietet auch einen vertrauensvollen Raum, wenn Themen mit unterschiedlichen Standpunkten erörtert werden, wie die Nutzung von Atomenergie.

Insgesamt ist der mit der grenzüberschreitenden Kooperation einhergehende Austausch also kein Selbstzweck. Die nachbarschaftlichen Formate und Programme, allen voran *Interreg*, wirken als Erweiterung des eigenen Handlungsspielraums und der eigenen finanziellen Ressourcen. Damit lassen sich sowohl traditionell nationale/regionale (Gesundheit, Wirtschaftsstandort), als auch grenzüberschreitende (Abwanderung, Infrastruktur) und „große“ internationale Fragen (Umweltschutz, Klimawandelbekämpfung) viel effizienter adressieren. Da die Antwort auf diese Fragen oft konkrete, greifbare Projekte ist, wird der Mehrwert dieser Kooperation auch anerkannt.

4. Fazit und Ausblick

Die behandelten Initiativen zeigen, dass Niederösterreich unter Landeshauptfrau Mikl-Leitner zum absoluten Vorreiter in der EU-Regionalpolitik geworden ist. Die Erkenntnisse aus dieser Studie bestärken außerdem den Eindruck, dass Niederösterreich seinen Platz im modernen, offenen und geeinten Europa gefunden hat. Das Land weiß, welchen Mehrwert es durch die Osterweiterung und den gemeinsamen Binnenmarkt hat. Es weiß auch, welcher Nutzen in allen Bereichen durch Förderungen für die regionale Entwicklung erbracht wurde. Es hat verstanden, jedes Fördermittel gut zu nutzen und grenzüberschreitend einzusetzen. Die Ausführungen zeigen, wie die Europapolitik in Niederösterreich in den letzten Jahren eine neue Dimension erfuh. Seit 2017 wurde die Administration aufgewertet und gebündelt, entsprechende Personalentscheidungen getroffen, die Transmitter Land – Gemeinden um die EU-Dimension erweitert, multilaterale und bilaterale Initiativen ergriffen und dabei immer klar und bewusst kommuniziert, wie dies alles mit der Europäischen Union zusammenhängt und warum es den Bürgern nutzt.

Die Tageszeitung „Die Presse“ verlautbarte Mitte Februar, dass nur mehr 41% der Österreicher die EU als „eine gute Sache“ empfinden, und die EU in Österreich an Zustimmung verliert. Das stimmt aber nicht ganz, denn in Niederösterreich liegt diese Zahl nach dem letzten EU-Radar vom Herbst 2020 deutlich höher, nämlich bei 51%. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis von aktiver Kommunikationspolitik und breit gestaffelter Bürgerbeteiligung beim EFW. Die EU-Schiene wurde einfach hierzulande stärker aufgegriffen als in anderen Bundesländern. In Brüssel kennt man Niederösterreich mittlerweile. Das Land präsentiert sich gut und wirkt an der Spitze einer Regions4Cohesion - Bewegung von mehr als 300 Regionen, die durch die Regions4Cohesion massiv an politischen Einfluss gewonnen haben. In der grenzüberschreitenden Kooperation entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs ist *HealthAcross* einzigartig in Europa. Diese starke Partnerschaft erweitert den eigenen Handlungsspielraum und fördert das gegenseitige Lernen.

Niederösterreich hat die letzten Jahre gezeigt, mit welchen Ressourcen, welchen Werten und welchem Anspruch es die Europäische Union erlebbar machen und mitgestalten will. Für andere Akteure in einem „Europa mit Regionen“ lässt sich ableiten, welches großes Potenzial in den Regionen vorhanden ist. EU-Regionalpolitik ist auch ein wirksames Mittel gegen Nationalismus, weil es immer eine Kooperation mit jemandem impliziert, weil es um gegenseitiges Verständnis um Vertrauensaufbau geht und um ein solidarisches Miteinander in der EU. Regionen sind nicht „besser“ als Nationalstaaten, aber oft näher an der Bevölkerung, was ein Erklären der Leistung der EU vereinfacht. Niederösterreichs Beispiel macht Mut, dass Europa nicht nur in endlos langen Verhandlungsrunden im Berlaymont

stattfindet, sondern spürbar und erlebbar ist, wenn man eine enge Nachbarschaft pflegt und sich als Teil eines Ganzen sieht. Auch das macht das Bundesland zum Vorreiter.

Wie wird die EU-Regionalpolitik Niederösterreichs in 10 Jahren aussehen? Klar ist, dass die aktuellen Schwerpunktsetzungen und Handlungsfelder intensiviert werden, vor allem in der grenzüberschreitenden Kooperation. Es wird empfohlen, die wirtschaftliche Vernetzung konsequent weiterzuführen und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen. Im Digitalisierungsbereich würde sich eine Start-Up-Offensive in Kooperation mit Brunn/Brno anbieten. Mit Blick auf die wissenschaftliche Kooperation einerseits und die schulischen und beruflichen Aussichten für junge Menschen im Waldviertel empfiehlt sich, eine grenzüberschreitende FH für den Raum zwischen Krems und Budweis/České Budějovice einzurichten. In den letzten Jahrzehnten fanden internationale Jugendaustausche statt. Es würde die Strategie der aktiven Europapolitik unterstützen, diese wieder zu organisieren oder konkret (etwa mit dem Bund und nach deutschem Vorbild) bilaterale Jugendwerke ins Leben zu rufen.

Wenn Niederösterreich seinen europäischen Weg konsequent weitergeht, wird in Mitteleuropa ein innovativer und solidarischer Kooperationsraum für Gesundheitsversorgung entwickelt und verdichtet werden, den das Bundesland maßgeblich vorantreiben wird. 2030 wird es in jeder Gemeinde einen EU-Gemeinderat geben. Der Nutzen und der Mehrwert der EU-Mitgliedschaft wird nach wie vor kommuniziert werden, Bürgerbeteiligungsformate werden sich verstetigt haben. Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet dafür schon sehr bald eine Chance. Denn die Bevölkerung wünscht sich Reformen und Mitsprache, wenn es um die Zukunft der Union geht. Niederösterreich kann diese Wünsche und Schwerpunkte auf nationaler Ebene in die Position Österreichs einbringen und im breit gefächerten Netzwerk der europäischen Regionen dafür politisches Gewicht erzeugen. Es hat gezeigt, dass es dafür bestens gerüstet ist.

5. Quellenverzeichnis

Medienberichte

Der Standard (2020): EU-Vertreter an Blümel: Muss Fixkostenzuschuss nur richtig beantragen. Der Vertreter der EU-Kommission, Martin Selmayr, zerpflückt den Antrag des Finanzministers. In: Der Standard online / Wirtschaft, am 15.09.2020. Online:

<https://www.derstandard.at/story/2000120013959/eu-vertreter-an-bluemel-muss-fixkostenzuschuss-nur-richtig-beantragt>

Die Presse (2021): EU verliert in Österreich an Zustimmung. In: Die Presse online, am 12.02.2021.

Online: <https://www.diepresse.com/5936259/eu-verliert-in-osterreich-an-zustimmung>

Hofer, Matthias (2018): NÖ: Das Kabinett der Quereinsteiger. Landeshauptfrau beruft überraschend Medienmanagerin und Botschafter als Landesräte. In Kurier / Chronik, 10.03.2018. Online:

<https://kurier.at/chronik/niederoesterreich/noe-das-kabinett-der-quereinsteiger/313.389.803>

Kleine Zeitung (2020): Fixkostenzuschuss | EU: Kommission: Blümel hat falsch beantragt, Regierung sieht „Blockade“. In: Kleine Zeitung online / Politik / Innenpolitik, am 15.09.2020. Online:

https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5867447/Fixkostenzuschuss_EUKommission_Bluemel-hat-falsch-beantragt

Kurier (2018): Mikl-Leitner bei Juncker: Ringen um EU-Regionalförderungen. 23.02.2018. In: Kurier.at

/ Politik. Online: <https://kurier.at/politik/inland/mikl-leitner-bei-juncker-ringem-um-eu-regionalforderungen/307.871.877>

Meyer-Feist, Andreas (2016): Ein Wallone blockiert die EU. Belgische Region gegen CETA. In:

Tagesschau / Wirtschaft. Online: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/magnette-wallonie-ceta-101.html>

Strohmayer, Markus (2018): LH Mikl-Leitner wirbt in Brüssel für Regionalförderung. In:

Niederösterreichische Nachrichten. 23.01.2018. Online:

<https://www.noen.at/niederoesterreich/politik/eu-regionalpolitik-lh-mikl-leitner-wirbt-in-bruessel-fuer-regionalforderung-johanna-mikl-leitner-jean-claude-juncker-eu-politik-74965242>

Endnoten

- ⁱ Sturm, Roland (2010): Europa der Regionen. S. 112-125. Online: https://www.km.bayern.de/epaper/LZ/EuP/E&P-2_13%20Europa/files/assets/common/downloads/publication.pdf
- ⁱⁱ NÖ Landtag (2017): Sitzungsbericht. 48. Sitzung der Tagung 2016/17 der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich. Mittwoch, den 19. April 2017. Online: <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XVIII/2017-04-27>
- ⁱⁱⁱ Ersatzmitglieder sind Europa-Landesrat Martin Eichinger und Kaltenleutgebens Bürgermeisterin Bernadette Schöny (jeweils EVP) sowie Gemeinderat Hannes Weninger aus Gießhübl (SPE). Siehe: <https://cor.europa.eu/de/members/Pages/default.aspx?Country=Austria&Region=Niederosterreich>
- ^{iv} Rohrmüller, Rober (2021): NÖ-Wirtschaftsdaten Jänner 2021. In Wirtschaftskammer Niederösterreich, online: <https://wko.at/wknoe/stat/allgemein/WIDAneu.pdf>
- ^v Einer der Vizepräsidenten ist der niederösterreichische MEP Lukas Mandl.
- ^{vi} Zuständigkeiten der Landesregierungsmitglieder: https://www.noe.gv.at/noe/Landesregierung/Zustaendigkeiten_der_Regierungsmitglieder.html
- ^{vii} Siehe die erste Sankt Pöltner Erklärung (2011): https://www.noe.gv.at/noe/Internationales-Europa/St_Poeltner_Erklaerung_Copy.pdf sowie die zweite (ab 2017): https://www.noe.gv.at/noe/Internationales-Europa/Finales_Dokument_Politische_Erklaerung_mit_Einfuehrung_DE.pdf
- ^{viii} Nicht beteiligt sind hauptsächlich Länder die aufgrund ihrer Größe und nicht-föderalen Beschaffenheit keine Regionen als politische Akteure aufweisen (u.a. baltische Staaten, Malta, Zypern) sowie Großbritannien wegen des Brexit. Siehe Karte: https://www.noe.gv.at/noe/Internationales-Europa/Regionen_2018.jpg
- ^{ix} Diplomarbeitsbörse NÖ Forschung und Bildung 2020: Vorstellung der Arbeit "Wanderungsmotive slowakischer Einwohner*innen im Österreichischen Umland von Bratislava. Siehe: <https://www.diplomarbeitsboerse.info/wanderungsmotive-slowakischer-einwohnerinnen-im-oesterreichischen-umland-von-bratislava/>
- ^x World Health Organization (2018): The Healthacross Initiative: How Lower Austria is boosting cross-border collaboration in health. Siehe: <https://www.euro.who.int/en/countries/austria/publications/the-healthacross-initiative-how-lower-austria-is-boosting-cross-border-collaboration-in-health-2018>
- ^{xi} Amt der Niederösterreichischen Landesregierung https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201130_OTS0160/erste-gesundheitskooperation-zwischen-oesterreich-und-ungarn-startet